



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 22.10.2014, 17:08 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit

Vorl.Nr. 381/14

---

#### Abweichender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die modifizierte Rahmenkonzeption der Schulsozialarbeit in Ludwigsburg *in Form von Schulsozialarbeit im Rahmen eines Pools an den Innenstadtgymnasien umzusetzen.*
2. Die Friedensschule erhält 0,5 Stellen Schulsozialarbeit aus dem Bestand der Justinus-Kerner-Schule zum Schuljahr 2015/16.
3. Für die Schulsozialarbeit wird den Innenstadt-Gymnasien *so schnell wie möglich* eine Stelle zur Verfügung gestellt. Dies steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts 2015.

#### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 3 wird mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ja 9 Nein 3 Enthaltung 3

#### Beratungsverlauf:

Nach einer kurzen Einführung in das Thema der Schulsozialarbeit durch EBM **Seigfried** übergibt er das Wort an Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport). Anhand einer Präsentation zeigt diese den aktuellen Ausbaustand der Schulsozialarbeit beziehungsweise die Verteilung der Stellen auf die einzelnen Schulen auf. Die notwendige Aufstockung könne nur sukksesive erfolgen. Frau Schmetz informiert über die hierzu vorliegenden Anträge der Schulen und stellt die angedachte Poollösung entsprechend der Vorl. Nr. 381/14 vor. Die Verwaltung empfehle, eine zusätzliche

Vollzeitstelle zum Schuljahresanfang zu schaffen und die Schulsozialarbeit als Pool zu organisieren. Die davon betroffenen Schulen sähen dies eher kritisch, da ihrer Meinung nach die Schulsozialarbeit direkt an der jeweiligen Schule verortet sein sollte. Die Träger hingegen seien der Auffassung, dass es sowohl schulbezogene Schulsozialarbeit als auch unabhängige und schulübergreifende Angebote geben müsse.

Ergänzend verweist EBM **Seigfried** auf die verschiedenen Stellungnahmen der Fraktionen zu diesem Thema und fasst dann kurz zusammen. Unstrittig sei, dass im kommenden Jahr eine neue Stelle für die Schulsozialarbeit eingerichtet werden solle, die dann den Gymnasien zur Verfügung stehe. Offen sei momentan noch die Frage ob dies als Pool oder per Einzelzuweisung organisiert werde, ob es sich um 1,0 oder 1,5 Stellen handle und ab wann diese Stelle dann tatsächlich zur Verfügung stehe.

Die Bedeutung der Schulsozialarbeit sei nach Ansicht von Stadtrat **Meyer** unumstritten. Deshalb sei man auch bereits seit 20 Jahren in diesem Bereich tätig. Neu sei lediglich, dass diese Arbeit nun auch auf die Gymnasien ausgeweitet werden solle. Mit dem Hinweis auf den Haushalt gibt er zu bedenken, dass dies auch finanziell realisierbar bleiben müsse. Grundsätzlich stehe seine Fraktion deshalb hinter dem Vorschlag der Verwaltung. Problematisch werde lediglich der Beschluss unter Ziffer 1 gesehen, bei dem er bemängelt, dass die Konzeption hierzu doch relativ kurzfristig erarbeitet und deshalb auch die Vorlage erst sehr spät verteilt worden sei. Neu hinzugekommen sei dabei die Einbeziehung der Elly-Heuss-Knapp Realschule, der nicht zugestimmt werden könne. Die Begründung für die Einbeziehung sei nicht nachvollziehbar und außerdem sei die Idee zu kurzfristig entwickelt worden, als dass die Schule noch rechtzeitig hätte informiert werden können. Die Elly-Heuss-Knapp-Realschule habe so lange um die Stelle für die Schulsozialarbeit gekämpft, dass es jetzt nicht richtig wäre, davon wieder eine halbe Stelle wegzunehmen. Besser wäre es nach Ansicht von Stadtrat Meyer, wenn stattdessen zunächst abgewartet werde, ob an der Gemeinschaftsschule der Bedarf überhaupt in diesem Umfang bestehe. Nicht zustimmen könne seine Fraktion dem Antrag der FW-Fraktion und der Neuschaffung der Stelle bereits zum 1.1.2015. Die Zustimmung zur angedachten Poollösung bei Schaffung einer neuen Stelle sei hingegen denkbar. Wenn damit auch nicht alle Wünsche erfüllt würden, so wäre dies doch ein positives Signal an die Innenstadtgymnasien.

Stadträtin **Steinwand** erscheine die eine Lösung so schlecht wie die andere. Sie fürchte, dass die Stellen, wenn sie denn aufgeteilt werden müssten, nicht nachhaltig seien. Außerdem käme dabei die individuelle Entwicklung der Schulen zu kurz. In diesem Zusammenhang auf den generationengerechten Haushalt zu verweisen, sei schon deshalb falsch, weil es sich um eine Investition in die Zukunft handle. Auf keinen Fall käme für sie in Frage auf die Stelle an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule zu verzichten. Im Gegensatz zur Gemeinschaftsschule sei hier der Bedarf deutlich nachgewiesen. Genau so wie am Innenstadtcampus, wobei sie vermutet, dass durch die hohen Ausfallzeiten die Probleme teilweise auch hausgemacht seien. Insgesamt sehe sie es als unbedingt notwendig an, zur Lösung dieser Probleme und Engstellen ein schlüssiges Konzept zu erarbeiten.

Die Vorlage sei tatsächlich spät eingegangen, meint auch Stadträtin **Faulhaber**. Trotzdem habe man sich in ihrer Fraktion eine Meinung dazu bilden können. Demnach werde der Vorschlag, ein 50%iges Stellenkontingent für die Grundschulen zur Verfügung zu stellen als gut empfunden. In der Annahme, dass der Vorschlag mit der Justinus-Kerner-Schule abgesprochen sei, gefalle auch die Idee, an die Friedensschule 0,5 Stellen abzugeben. Darüber hinaus stehe fest, dass die jetzt stattfindende Schulreform begleitet werden müsse. Deshalb müsse die Einteilung der Schulsozialarbeit an der Oststadtschule bleiben, wie sie ist. Genau wie an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule. Für die Innenstadtgymnasien müsse die Bereitstellung ebenfalls so früh wie möglich erfolgen. Die Schaffung der Stelle sei ein positives Signal.

Stadträtin **Moersch** freue sich darüber, dass das Thema der Schulsozialarbeit angegangen werde. Sie verspricht, dass das Bildungszentrum West von Ihrer Fraktion auch in diesem Punkt nicht vergessen werde. Zunächst ging es aber um eine Lösung für den Innenstadtcampus und die Innenstadtgymnasien. Es sei notwendig, neue Stellen zu schaffen und nicht zu versuchen, die

Lücke mit dem Abzug an anderen Schulen zu stopfen. Ihre Fraktion spreche sich ganz klar gegen die Poollösung aus. Schon um eine eindeutige Zuständigkeitsregelung zu haben, sei es unbedingt erforderlich, die Schulsozialarbeit den Schulen direkt zuzuordnen. Der Variante 1 des Verwaltungsvorschlages aus der Vorlage könne damit auf keinen Fall zugestimmt werden. Mit dem Vorschlag zur Verschiebung einer halben Stelle von der Justinus-Kerner- an die Friedensschule könne ihre Fraktion unter der Voraussetzung mitgehen, dass auch die Schulen damit einverstanden seien. Die Organisation der Schulsozialarbeit an den Innenstadtgymnasien als Pool halte ihre Fraktion für undenkbar. Es brauche eine Stelle pro Gymnasium und nicht eine Stelle für alle. Im Vergleich zu anderen Maßnahmen seien die Kosten auch nicht zu hoch.

Den Ausbau der Schulsozialarbeit heißt auch Stadtrat **Heer** für gut. Die FDP-Stadträte sprächen sich dabei für die Poollösung aus. Den Antrag der FW-Fraktion hingegen hielten sie nicht für machbar. Stattdessen werde vorgeschlagen, einen Pool mit einer männlichen und einer weiblichen Besetzung auszustatten. Nachdem die Trägerschaft dafür in einer Hand läge, wären Aufteilung und Zuständigkeit sicherlich relativ gut zu handhaben. Er kündigt deshalb seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag unter Ziffer, 1, Variante 1 sowie zu Ziffer 2 und 3 an.

Stadtrat **Kube** hält den Ausbau der Schulsozialarbeit ebenfalls für positiv und lobt, dass auch der Bedarf dafür an Gymnasien erkannt wurde. Seiner Auffassung nach müsse der Schulsozialarbeiter unbedingt eine Vertrauensperson sei. Da sei eine Poollösung nicht denkbar. Den Antrag der FW-Fraktion hingegen halte er für richtig, ebenso wie den Grundsatz der Variante 2 der Vorlage. Allerdings dürfe diese Regelung nicht zu Lasten der Elly-Heuss-Knapp-Realschule gehen. Hier ein Stellenkontingent abzuziehen wäre überhaupt nur dann möglich, wenn die Schülerzahlen deutlich zurückgingen.

Frau **Schmetz** plädiert noch einmal für die Poollösung indem sie auf die Situation am Bildungszentrum West und den Grundschulcampus verweist. Natürlich gäbe es auch hier noch Optimierungsmöglichkeiten aber grundsätzlich funktioniere es ganz gut.

EBM **Seigfried** hält fest, dass grundsätzlich Einigkeit über den Ausbau der Schulsozialarbeit bestehe. Er stellt richtig, dass es nicht darum gehe, der Elly-Heuss-Knapp-Realschule etwas wegzunehmen, sondern durch die Einführung des Pools eine flexiblere Organisationsform zu schaffen.

Stadträtin **Dr. Knoß** fordert dazu auf, nachhaltig zu denken. Schließlich sei es besser, heute in die Schulsozialarbeit als morgen in den Kommunalen Ordnungsdienst zu investieren. Die Kosten seien tatsächlich doch gar nicht so hoch und es müsse anerkannt werden, dass sich der Bedarf durch die gesellschaftliche Entwicklung und die Schulentwicklung erhöht habe. Hinzu käme, dass bei weiterführenden Schulen oft auch der Klassenlehrer als Bezugsperson fehle. Stelle sie die Anzahl der Schulen der Anzahl der Stellen für die Schulsozialarbeit entgegen, so komme sie zu dem Ergebnis, dass Stellen fehlten. Dies könne aber nicht zu Lasten der Elly-Heuss-Knapp-Realschule gehen. Die im Bildungszentrum West bereits eingeführte Poollösung sei ihrer Meinung nach nicht optimal. Vorteile bringe der Pool sicherlich dann, wenn sowohl weibliche als auch männliche Sozialarbeiter gebraucht würden. Stadträtin Dr. Knoß stellt daher den Antrag, den Stellenplan 2015 aufzustocken, um insgesamt 13 Stellen für die Schulsozialarbeit bereitstellen zu können.

Es sei unbedingt notwendig, zu differenzieren, betont Stadträtin **Deetz**. Insofern könne sie dem Antrag der FW-Fraktion beipflichten, dass für jedes Gymnasium mindestens 0,5 Stellen zur Verfügung stehen sollten. Schließlich gebe es nicht nur Probleme zwischen den Schülern sondern durchaus auch zwischen den Schülern und den Lehrern. Da sei es wichtig, dass der jeweilige Schulsozialarbeiter oder – arbeiterin die Personen kenne, mit denen er zu tun habe. In einem Pool sei dies kaum zu leisten.

EBM **Seigfried** umreißt kurz die Aufgaben und Möglichkeiten der Schulsozialarbeit und weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass laut Schulgesetz die Schulen für die Bildungs- und Erziehungsleistung zuständig seien. Anschließend fasst er die zur Beschlussfassung anstehenden

Anträge kurz zusammen. Auf Nachfrage von Stadtrat Meyer stellt er richtig, dass der Beschlussvorschlag der Vorlage unter Ziffer 1, Variante 1 bedeute, dass die jetzt bei der Elly-Heuss-Knapp-Realschule verortete Stelle ebenfalls in den Pool einfließe.

In diesem Fall bittet Stadtrat **Meyer** darum, dass ein weiterer Beschlussantrag formuliert werde, der zwar einen Pool für die Innenstadtgymnasien vorsehe, davon aber die Stelle an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule unberührt bleibe.

Abschließend lässt EBM **Seigfried** über die gestellten Anträge sowie die Vorl. Nr. 381/14 abstimmen.

Der Antrag, dem Gemeinderat zur Beschlussfassung zu empfehlen, im Stellenplan 2015 insgesamt 13 Stellen für die Schulsozialarbeit aufzunehmen, wird mit 6 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag, dem Gemeinderat zur Beschlussfassung zu empfehlen, im Stellenplan 2015 insgesamt 11,5 Stellen für die Schulsozialarbeit aufzunehmen, wird mit 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend folgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 381/14. Nachdem die Variante 1 der Ziffer 1 keine Zustimmung findet, stellt EBM Seigfried den modifizierten Beschlussantrag zur Abstimmung.

TOP 1.1	Schulsozialarbeit an den Innenstadtgymnasien - Antrag der FW-Fraktion vom 08.10.2014	Vorl.Nr. 384/14
---------	---	-----------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 384/14, ist mit der Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 1, Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit, Vorl. Nr. 381/14, erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.

TOP 2	Bücherei Poppenweiler - Bericht zum 10 - jährigen Bestehen
-------	---

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Bericht zum 10jährigen Bestehen der Bücherei in Poppenweiler erfolgt durch Herrn **Maschke**, 1. Vorsitzender des Fördervereins Bücherei Poppenweiler e.V., der sich zunächst bei allen Unterstützern der Bücherei, allen voran Herrn Stierle (FB Bildung, Familie, Sport), bedankt. Mit einer kurzen Präsentation erinnert er an die Anfänge der Bücherei in Poppenweiler, zeigt deren Entwicklung auf und berichtet über das heutige Angebot des Büchereibetriebes sowie die Benutzerzahlen. Der dabei relativ hohe Anteil an Grundschulkindern sei unter anderem auf das besondere Angebot der „Schulausleihe“ zurückzuführen. Ein Ausbau erfolge aber auch im Erwachsenenbereich. Insgesamt würden rund 5. – 6.000 Euro jährlich in neue Medien investiert. Aufgrund der soliden Finanzen könne man positiv in die Zukunft blicken. Er unterstreicht, dass

der Erfolg aber immer auch sehr stark abhängig sei vom Engagement der Mitarbeiter, denen gegenüber er seinen besonderen Dank und seine Wertschätzung für ihr ehrenamtliches Engagement ausdrücken wolle.

EBM **Seigfried** bedankt sich für die tolle Arbeit, die hier geleistet werde und eröffnet die Aussprache.

Es sei faszinierend, was in den letzten 10 Jahren geleistet worden sei, freut sich Stadtrat **Meyer** und drückt die Anerkennung seiner Fraktion für die Arbeit des Vereins aus. Ehrenamt könne gar nicht genug Wertschätzung erfahren, deshalb sei der Annemarie-Griesinger-Preis hier aus gutem Grund verliehen worden. Er kündigt an, dass der Verein auch künftig mit der Unterstützung seiner Fraktion rechnen könne.

Stadträtin **Steinwand** gibt zu, zunächst skeptisch gewesen zu sein. Umso mehr freue sie sich, dass sich die Bücherei in Poppenweiler so toll entwickelt habe. Das ehrenamtliche Engagement sei einfach hervorragend. Sie würde gerne noch wissen, wie der Annemarie-Griesinger-Preis dotiert gewesen sei und ob die Bewohner der benachbarten Seniorenresidenz im Angebot der Bücherei berücksichtigt würden.

Für ihn sei dies bürgerschaftliches Engagement par excellence, lobt Stadtrat **Daferner**. Bemerkenswert finde er, dass die ehrenamtlich Tätigen in ihrem Engagement so ausdauernd seien. Er wolle deshalb gerne wissen, ob der Förderverein einen besonderen Wunsch hätte, bei dessen Erfüllung von Seiten der Stadt geholfen werden könne.

Stadtrat **Weiss** zollt dem Verein im Namen seiner Fraktion ebenfalls vollste Anerkennung. Die Bücherei und deren Struktur und Organisationsform habe zwischenzeitlich sogar eine gewisse Vorbildfunktion angenommen. Er ermuntert deshalb alle Beteiligten, in ihrem Tun fortzufahren.

Stadtrat **Heer** schließt sich dem Lob und dem Dank an. Im Falle der Bücherei in Poppenweiler handle es sich um ehrenamtliches Engagement, das von echtem Erfolg gekrönt sei. Die FDP-Stadträte würden diese gerne auch weiterhin unterstützen.

Herr **Maschke** nimmt das Lob und die Anerkennung auch im Namen des Teams dankend entgegen und beantwortet die Fragen des Gremiums. So ginge es beim Annemarie-Griesinger-Preis vorrangig um die Wertschätzung und weniger um die finanziellen Auswirkungen, die mit dem auf die Bücherei entfallenden Anteil von 250 Euro ohnehin eher gering seien. Zusammen mit dem Seniorenstift seien eine Zeit lang gemeinsame Nachmittage veranstaltet worden, momentan jedoch eher nicht. Einen Wunsch den er als Vorsitzender des Fördervereins aussprechen wolle, sei eine mögliche finanzielle Unterstützung für eine EDV-Ausstattung.

TOP 3

Zuschuss zur Durchführung der Deutschen Meisterschaft der Formationen Standard & Latein in der MHP Arena Ludwigsburg am 15.11.2014

Vorl.Nr. 344/14

---

### **Beschluss:**

Der 1. Tanzclub Ludwigsburg e. V. erhält als Ausrichter der Deutschen Meisterschaft der Formationen Standard und Latein am 15.11.2014 in der MHP Arena Ludwigsburg einen Abmangelzuschuß in Höhe von bis zu 20.000 € (mit Kostennachweis).

## **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2

## **Beratungsverlauf:**

Die Vorl. Nr. 344/14 enthalte nach Ansicht von EBM **Seigfried** alle notwendigen Fakten. Trotzdem wolle er noch einmal explizit darauf hinweisen, welchen besonderen Wert die Tanzweltmeisterschaften für das Image der Stadt Ludwigsburg hätten, die in einem ganz besonderen Maße den Bekanntheitsgrad der Stadt positiv steigerten. Hinzu käme, dass der Verein seiner Ansicht nach immer sehr gut gewirtschaftet hätte, was ebenfalls für die Bewilligung des Zuschusses spräche.

Auf Nachfrage aus der Mitte des Gremiums erläutert Herr **Dinkel** (FB Bildung, Familie, Sport) kurz das Zustandekommen einzelner Positionen der Kalkulation.

Nachdem sich keine weiteren Fragen ergeben, stellt EBM **Seigfried** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

TOP 4                      **Anlaufstelle Bürgerschaftliches Engagement**  
- Mündlicher Bericht

---

## **Beratungsverlauf:**

Herr **Henning** und Frau **Lechner** (FB Bürgerschaftliches Engagement) berichten über die Anlaufstelle Bürgerschaftliches Engagement. Wobei Herr Henning zunächst den Fachbereich vorstellt, indem er die Anzahl der Mitarbeiter, den Standort einschließlich der drei Begegnungsstätten, des Stadtteilbüros und des Naturinfozentrums beschreibt. Die Aufgaben seien breit gefächert, wobei vor allem der Masterplan 6 – Zusammenleben von Nationen und Generationen, maßgebend sei. Außerdem stellt Herr Henning seine Stellvertreterin, Frau Sperzel vor, die gleichzeitig auch Stadtteilbeauftragte in Eglosheim sei. Weiter zählt er die einzelnen Sachgebiete auf, die der Fachbereich abdecke wie die Anlaufstelle und Koordination Bürgerschaftliches Engagement, das Agendabüro und die Umweltprojekte, das Stadtteilbüro Eglosheim, die AGH-Maßnahmen, das Team Seniorenbüro mit Pflegestützpunkt und die Kommunale Kriminalprävention. Als besondere Sachgebiete nennt er das Team Chancengleichheit mit Kinderbetreuung durch Seniorinnen und Senioren sowie das Team Integration und Migration.

Anschließend zeigt Frau **Lechner** eine Präsentation zur Untermauerung ihres Berichts über die Anlaufstelle Bürgerschaftliches Engagement. Die 2006 in Kooperation mit dem FreiwilligenForum entstandene Einrichtung sei in dieser Form einzigartig und erfülle vielfältige Aufgaben. Dazu gehörten die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für ein ehrenamtliches Engagement in Ludwigsburg interessierten, die Durchführung von Veranstaltungen rund um das Thema Ehrenamt, die Öffentlichkeitsarbeit, die Pflege der Kooperationspartner und die Gewinnung neuer Ehrenamtsangebote, die Anerkennung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung. Sie nennt außerdem die Bereiche für die Ehrenamtliche über individuelle Beratungen gesucht und mit einer geschätzten Quote von 50%

vermittelt würden. Abschließend informiert Frau Lechner über die Rahmenbedingungen, die ausschlaggebend für die Zusammenarbeit mit der Anlaufstelle seien und berichtet über den allgemeinen Wandel im Ehrenamt.

In diesem Zusammenhang weisen Herr **Henning** und EBM **Seigfried** auf die Bedeutung der Anlaufstelle als erster Garant bei der Vermittlung und die künftige Einbeziehung von Flüchtlingen und Asylbewerbern hin.

Stadtrat **Daferner**, der sich selbst als Teil der Anlaufstelle bezeichnet, ergänzt, dass das Netzwerk „Ehrenamt“ einen regelmäßigen Austausch zur gemeinsamen Lösung aktueller Fragestellungen und Probleme ermögliche. Das bürgerschaftliche Engagement hätte zwischenzeitlich eine gewisse Kraft entwickelt, die gut sei für Ludwigsburg und deshalb weiterentwickelt werden müsse. Er bedankt sich bei Herrn Henning und Frau Lechner für die gute Kooperation.

Die Vertreter aller Fraktionen, sowie die Vertreter der FDP- und der LINKE- Stadträte drücken ihren Dank und ihre Anerkennung für die gute Arbeit und das bürgerschaftliche Engagement aus. Außerdem wird angeregt, zusätzlich Deutschkurse für Asylbewerber anzubieten, die Vermittlung zur Nachbarschaftshilfe mit aufzunehmen und über einen angemessenen Kostenersatz nachzudenken.

Mit den Ausführungen von Herrn Henning zu den derzeit bereits angegangenen Schritten zur Einbeziehung der Asylbewerber schließt EBM **Seigfried** diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 5

Überarbeitung des Indikatorenset zum  
Stadtentwicklungskonzept "Chancen für  
Ludwigsburg" - Paket 2  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 378/14

---

#### **Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** informiert über die vorangegangene Beratung hierzu im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 21.10.2014. Dabei sei man übereingekommen, dass vor einer Abstimmung über die Überarbeitung des Indikatorensets ein Workshop veranstaltet werden solle, zudem die Verwaltung alle Mitglieder des Gemeinderates einladen werden. Von einer inhaltlichen Beratung werde deshalb auch in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales abgesehen.

TOP 6

Schulradwegeplanung  
- Mündlicher Bericht

---

#### **Beratungsverlauf:**

Herr **Nestmann** (FB Stadtplanung und Vermessung) berichtet über die Befragung, die zum Thema Radschulweg stattgefunden habe. Eine Grundlage hierfür habe die bereits in Bietigheim durchgeführte Befragung zu diesem Thema dargestellt, die weiterentwickelt und auf

Ludwigsburger Verhältnisse angepasst worden sei. Herr Nestmann erläutert zunächst das eigentliche Verfahren bei der Befragung und geht dann auf die Inhalte im Einzelnen ein. Wichtig sei es gewesen herauszufinden, welche Routen die Schüler nutzten und welche Gründe unter Umständen gegen die Nutzung des Rades sprächen. Soweit diese Ablehnung ihre Ursache in fehlenden oder ungenügenden Fahrradrouten habe, müsse dies unbedingt angegangen werden. Ziel sei es jedoch nicht, neue Wege auszuweisen sondern die bestehenden, die bereits akzeptiert seien, unter anderem heller, sicherer und durchgängiger zu gestalten. Eine Frage habe daher auch etwaigen Angsträumen entlang der Strecke gegolten. Das Ergebnis der Befragung decke sich in großen Teilen mit dem vorhandenen Radroutenkonzept, zeige aber auch notwendige Ergänzungen, wie zum Beispiel den Schulweg zum Bildungszentrum West. Um die aus der Radschulwegbefragung gewonnenen Ergebnisse nun auch nutzen zu können, sollen diese in einem nächsten Schritt in das Radroutenkonzept einfließen.

Diese Rückmeldung sei wichtig für die Schülerinnen und Schüler, die an der Befragung teilgenommen hätten, so EBM **Seigfried**, der sich abschließend bei Herrn Nestmann für dessen Zwischenbericht bedankt.